



Nach dem Scheitern der Oeko-Steuern - Plädoyer für eine effektive Umweltpolitik

Als Debakel, als Kennzeichen der inexistenten Umweltpolitik der jetzigen Regierung, als Symbol eines schwachen Umweltministers... wird das Scheitern der Oeko-Steuern in der Presse kommentiert. Politiker hingegen stellen sich Fragen über die grundsätzliche Akzeptanz von Oeko-Steuern sowie Umweltmaßnahmen im allgemeinen, so mancher Bürger ist wohl eher enttäuscht, daß eine wichtige Chance für ein Mehr an Umweltschutz verpaßt wurde.

Immerhin wurde die Einführung von Oeko-Steuern als Umweltinstrument in den Wahlversprechen der Parteien und formal in der Regierungserklärung vom 22. Juli 1994 festgehalten.

Eine kurze Analyse der grundsätzlichen Bedeutung des Oeko-Steuern-Debakels drängt sich auf.

**Es gilt aus diesen gravierenden Mißerfolgen Schlußfolgerungen zu ziehen
- auch für die weitere Umweltpolitik der Regierung.**

Falsche staatliche Voraussetzungen bei der Einführung der Oeko-Steuern!

Eine Analyse der Rolle der unterschiedlichen politischen Kreise erweckt den Eindruck, als ob das Scheitern der Oeko-Steuern vor allem auf drei strukturelle Gründe zurückzuführen sei:

- *politische und fachliche Vorgaben der Regierung fehlten und Entscheidungen wurden in parastaatliche Gremien verlagert;*
- *die Umweltpolitik genießt einen absolut unzureichenden Stellenwert in politischen Kreisen;*
- *das Umweltministerium wird seiner Aufgabe nicht gerecht.*

Wo war die grundsätzliche Stellungnahme der Regierung?

Die Oeko-Steuern wurden quasi im luftleeren Raum diskutiert. Die Regierung muß sich dann auch den Vorwurf gefallen lassen, daß sie ohne Konzept im Umweltbereich dasteht - und auch ohne umweltpolitischen Willen. Entsprechend ist das Vertrauen der Bürger in ihre Umweltpolitik nicht gerade überschänglich. Bei der Oeko-Steuern-Diskussion war kaum ersichtlich, inwiefern die Umwelt tatsächlich das primäre Ziel war. Nicht ohne Grund entstand der Eindruck, als ob das eine oder andere Regierungsmitglied lediglich an den zusätzlichen Einnahmen interessiert gewesen wäre und weniger an den umweltpolitischen Zielsetzungen. Die beiden Oeko-Steuern, die zur Diskussion gestanden haben, stellen nur einen kleinen - wenn auch symbolträchtigen - Schritt in Richtung Ökologisierung der Wirtschaft dar. Es hätte der Regierung gut zu Gesicht gestanden, wenn sie im Rahmen der Oeko-Steuern Diskussion generelle Ziele dieser beiden Steuern, sowie eine grundsätzliche Position zur Ökologisierung des Steuersystems bzw. der Wirtschaft bezogen hätte.

Dergesamten Regierung obliegt hier bei eine Verantwortung. Der Staatsminister, der sich ansonsten doch gerne auch zu Fragen der sektoriellen Politik äußert, kommt nicht länger an umweltpolitischen Fragestellungen vorbei.

Die Schlußfolgerung aus dem Oeko-Steuer-Debakel für die Regierungspolitik liegt auf der Hand: bitte sehr, dringend umweltpolitisches Konzept ausarbeiten!

Parastaatliche Gremien können keine Vorreiterrolle übernehmen

Zu einem Zeitpunkt, da die Oeko-Steuern-Diskussion besonders aktuell war, schob die Regierung die Verantwortung von sich und formulierte nicht etwa selbst umweltpolitische Ziele oder beauftragte ein Fachbüro in Sachen Oeko-Steuern mit der Analyse der Opportunität und der Abschätzung der Folgen der Steuern, sondern ein "staatstragendes" Gremium: den Wirtschafts- und Sozialrat (in dem vor allem Vertreter des Patronats und der Gewerkschaften vertreten sind).

Interessantes Fakt am Rande war: der Mouvement Ecologique hatte seine Mitarbeit in der verantwortlichen Arbeitsgruppe angeboten, diese wurde aber vom hohen Gremium abgelehnt.

Der Wirtschafts- und Sozialrat gab sich dann auch mehr oder weniger eifrig an die Ausarbeitung ihrer Stellungnahme und viel Zeit floß u.a. in "grundsätzliche" Diskussionen: bietet es sich an, eine Whisky-Flasche zu besteuern, die nicht wiederverwertet wird? welche Verpackungen sind ökologisch am sinnvollsten (zu diesem Thema wurde flugs ein französischer Experte, der offensichtlich für die Plastik-Recycling-

branche, aktiv ist, herangezogen)? waren einige der Fragen, mit denen sich die Mitglieder während über einem Jahr herumquälten. Wen wundert's, daß sich das hohe Gremium in Detailfragen verhedderte und über ein Jahr für die Ausarbeitung einer verwässerten Stellungnahme benötigte.

Wer hätte auch erwartet, daß sich ein Gremium, in dem u.a. die Handelskammer vertreten ist, als Vorreiter für Oeko-Steuern kristallisieren würde...? Man mag sich fragen, warum die Regierung überhaupt ein derartiges Gremium mit dieser Aufgabe (die es evidenterweise überforderte) beauftragte bzw. ein Gremium bestimmte, welches der Einführung von Steuern a priori eher negativ gegenüberstand! Mit dem Gutachten war dann aber ein Stein mehr für eine unsachliche Diskussion und ein ungünstiges Klima gelegt.

Der übermächtig stark ausgeprägte Drang nach Konsensualismus führte somit in diesem Bereich dazu, daß das Reformprojekt a priori zerredet wurde. Verheerend war nicht zuletzt aber auch, daß derart die Diskussion hinter geschlossenen Türen von einem Kreis Eingeweihter geführt und der Öffentlichkeit förmlich vorenthalten wurde. Was hätte die Regierung davon abgehalten, die grundsätzliche Bewertung der Auswirkungen der Steuern fachlich ausarbeiten zu lassen und diese dann zur Diskussion zu stellen?

Folgende Schlußfolgerung drängt sich auf: staatstragende Gremien sind sicherlich nicht dazu geeignet die Vorreiterrolle bei innovativen und zukunftsweisenden Projekten zu übernehmen, zumal wenn es an den erforderlichen Arbeitsgrundlagen fehlt.

Schwaches Umweltministerium und wenig umweltengagierte Parteien

Das Umweltministerium: entschlossen, aber ohne Standfestigkeit

Der Wirtschafts- und Sozialrat konnte diese prägende Rolle aber nur **deshalb** übernehmen, da **es der Umweltminister nicht fertig brachte**, seinerseits den Rahmen **der Diskussion verbindlich** abzustecken.

Zwar zeigte er sich **während** Monaten **recht** entschlossen diese beiden **Steuern einführen zu wollen**, mehr **oder** weniger deutlich verband der Minister sie sogar **mit seinem** eigenen Stellenwert in der Regierung - **was jedoch** ohne politische Folgen **blieb**.

Der Minister **zeigte sich so**, wie wir ihn **leider nur allzu gut kennen**: starke Worte am Anfang, **die jedoch zu keinem** Resultat führten und recht schnell **immer** schwächer wurden, bis seine Stimme quasi gänzlich fehlte (es war sogar Staatsminister **Juncker**, der das Scheitern der **Abwassersteuer** bekannt gab).

Das Oeko-Steuern-Fiasko ist **dann auch nur ein Beispiel** unter anderem, das **exemplarisch die derzeitigen** Schwachstellen **des** Umweltministeriums **aufzeigt**:

- ein Umweltminister, der **keine** **eigentliche Durchsetzungskraft und Vorstellungen hat**;
- ein Umweltministerium **das, trotz** Engagement einzelner Beamten, seinen Aufgaben **nicht gewachsen** ist. **So hat** auch **das Ministerium zu keinem** Zeitpunkt **fachliche** Hilfe von Umweltexperten, **die im Detail die** Oeko-Steuer-Problematik beherrschen, **zu Rate gezogen**. **Dieses** unverständliche **und verheerende** "Herumwurschteln" **hat nicht nur**

bei den **Oeko-Steuern** negative Auswirkungen. **Hinzu kommt**, daß das Ministerium absolut unterbesetzt ist: Oeko-Steuern **werden vor allem vom** ersten Berater **des Ministers** - neben der ganzen **Alltagsarbeit** - bewältigt (und zusätzlich **zu den** Verpflichtungen als **Verantwortlicher** der GEDELUX). **Gerächt hat** sich zudem erneut die Tatsache, daß das Umweltministerium nicht **über** einen ökonomisch ausgebildeten **Beamten** verfügt. Bei Oeko-Steuern **reicht** es jedoch nicht aus, mit Oeko-Bilanzen **zu argumentieren**. **Hier ist knallharter ökonomischer Sachverstand von Nöten** - **über den verfügt das Ministerium nicht**.

*Die **Schlußfolgerungen auf der Ebene des Ministeriums liegen entsprechend auf der Hand:***

- *das **Problem des schwachen Umweltministers, so krucial es auch ist, wird wohl kaum, zumindest nicht kurzfristig, zu lösen sein;***
- *das **Ministerium kann es sich allerdings zur Regel machen, auf externen Sachverstand zurückzugreifen. Es ist nur verständlich, daß das zahlenmäßig schwach ausgestattete Ministerium nicht über detaillierte Fachkenntnisse in allen Fragen verfügen kann (siehe auch Beispiel Ozon-Debakel) und auf externes Wissen angewiesen ist;***
- *es **müßte zudem umgehend ein/e Ökonome/in im Umweltministerium angestellt werden. Dieser könnte in so manchem Dossier eine prägende Rolle übernehmen, nicht zuletzt auch anlässlich der Diskussionen über das Kommodo-Inkommodo-Gesetz. Stellt sich ansonsten die Frage, wie die berüchtigte Ökologisierung der Wirtschaft erfolgen soll, wenn dieses Fachwissen im Umweltministerium fehlt...***

Inexistente Parteien

Doch auch die Parteien bedeckten sich **nicht gerade** mit Ruhm. Es **hätte ihnen gut zu Gesicht gestanden, wenn sie bei der Regierung auf eine deutige** Darlegung von Zielvorstellungen hingewirkt **und auf der** Einführung der **Steuern beharrt hätten!** Doch **so mancher Politiker** erwachte erst **als es darum ging, die evidenten Schwachstellen der vorliegenden Projekte aufzuzeigen und sich dafür einzusetzen**, daß **die Projekte** nicht umgesetzt wurden.

Ein entschiedenes Eintreten der Parteien für ein Konzept in Sachen Oeko-Steuern - **bzw. die Darlegung eigener Vorstellungen** - waren jedoch **nicht gegeben**. Dies hängt wohl unweigerlich mit der Tatsache zusammen, daß **es de facto in den** Parteien kaum **noch Ansprechpartner** in Sachen **Umweltfragen gibt**. **So ist es** verständlich, daß sich **Kommunalpolitiker der Parteien** über die Fehler der Abwassersteuer aus **Gemeindesicht aufregten**, ähnliche Stimmen aber aus **Umweltsicht** kaum zu hören waren.

Die Tatsache, daß es in den **Majoritätsparteien fast keinen Ansprechpartner** mehr für **Umweltfragen** gibt, läßt **dann auch schlechtes für die Zukunft** erahnen. **Fragt sich nur, wie auch die Majoritätsparteien ob dieses gravierenden Manktums bei den nächsten Wahlen im Umweltbereich wieder auf Stimmenfang gehen wollen?**

*Die Parteien **müßten sich deshalb dringend der Frage stellen, wie sie den praktischen Stellenwert der Umweltpolitik in ihrer Partei erhöhen können. Umweltseminare sind hierbei sicherlich sinnvoll, sie ersetzen aber kein Fehlen von politischen Ansprechpartnern.***

Die Rolle der Gewerkschaften und der Umweltschutzorganisationen

Gewerkschaften im Zwielficht

Leider nahmen auch die Gewerkschaften aus **umweltpolitischer** Sicht zumindest umstrittene Positionen ein. Versuchten sie noch bei der Ausarbeitung des Gutachens des Wirtschafts- und Sozialrates eine moderate Position einzunehmen, so war dies leider in der Endphase der Diskussionen nicht mehr der Fall. Der OGBL machte gar einen Petitionsaufruf und drohte im Falle der Einführung der Wasserabgabe mit drakonischen Maßnahmen gegenüber der Regierung. (Am Rande sei angemerkt, daß formal seitens der Gewerkschaften zu keinem Zeitpunkt der Dialog mit den Umweltorganisationen gesucht wurde.)

Stellt sich die Frage, ob die Maßnahmen der Gewerkschaften im Verhältnis zum Problem standen. Man würde sich wünschen, daß sie einmal mit ähnlicher Konsequenz für einen Fortschritt im Umweltbereich plädieren (z.B. für eine Ökologisierung der Wirtschaft, auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze) und mit einem Streik drohen würden, falls nicht endlich von der Regierung Tatkraft zu erkennen wäre. Immerhin wird die Zerstörung der natürlichen Ressourcen mittelfristig zu verheerenden Verteilungskämpfen und erheblichen Wirtschaftsproblemen führen. Ist es denn auch tatsächlich das gravierendste Sozialproblem Luxemburgs, wenn die Abwassertaxe eingeführt worden wäre?

Zudem kann man unterschiedlicher Überzeugung betreffend die detaillierte Argumentation der Gewerkschaften sein, da Umwelt- und Sozialpolitik vermischt wurden. Das Verursacherprinzip sollte prinzipiell auch dann angewendet werden, wenn eventuell sozial Schwächere höhere Kosten zu tragen haben. Falls soziale Probleme bei bestimmten Bevölkerungskreisen durch

die (doch recht marginale) Einführung der Steuer verschärft würden, so gibt es zwei Möglichkeiten zu reagieren: einerseits gibt es Modelle bei Oeko-Steuern Ausgleichszahlungen an bestimmte Bevölkerungskreise zu leisten und andererseits würde es sich unweigerlich daraus ergeben, daß unsere Sozialpolitik gravierende Schwachstellen aufweist...

Eine weitere Tatsache sei angemerkt: während Jahren wurden in den Gemeinden nicht die wirklichen Gelder für die Abfallentsorgung usw. erhoben. Dies führte dazu, daß bestimmte Gemeinden während einem Jahr Millionen aufwenden mußten, um die defizitären Gelder aufzubringen. Diese Gelder fehlten in der Regel genau in dem Bereich, für welchen sich die Gewerkschaften stark machen müßten, und zwar für soziale Maßnahmen: den Bau von Kinderkrippen, Maßnahmen für Behinderte u.a.m. Es entwickelt sich deshalb immer mehr zu einem Prinzip, daß alle Bevölkerungskreise die realen Preise für Umweltbelastungen zahlen müssen und die Gemeinden somit Gelder für wichtige Aufgaben zur Verfügung haben (im übrigen werden somit auch die "Besserstehenden" verpflichtet die realen Kosten zu übernehmen und nicht vom Staat subventioniert). Umweltpolitik sollte mit Umweltinstrumenten und Sozialpolitik mit sozialen Mitteln durchgeführt werden.

Es entstand dann auch leider der Eindruck, als ob die Gewerkschaften bei innovativen Maßnahmen im Umweltbereich, die durchaus auch positive wirtschaftliche Inzidenzen haben könnten, eher Bremser denn Vorreiter wären.

Würde sich diese Befürchtung bewahrheiten, so wäre dies absolut fatal - aus Umwelt- und aus Gewerkschaftssicht. Denn gerade im Zusammenspiel zwischen beiden Interessengruppen, die schlußendlich grund-

sätzlich gemeinsame Ziele vertreten, liegt die Voraussetzung für die Lösung von prägenden Zukunftsfragen. Umweltschutzorganisationen und Gewerkschaften tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunftsgestaltung...

Und die Umweltschutzorganisationen?

So manch einer hätte auch erwartet, daß die Umweltschutzorganisationen noch stärker Stellung bezogen und den Umweltminister "unterstützt" hätten. Davon abgesehen, daß der Mouvement Ecologique während 10 Jahren immer wieder Aktionen zur Einführung der Oeko-Steuern durchführte und ausführliche Stellungnahmen ausarbeitete, sind hier den Organisationen unweigerlich Grenzen gesetzt. Wenn umweltpolitische Zielvorstellungen fehlen, das Dossier grundsätzlich falsch angepackt wird, die Diskussionen in geschlossenen Gremien geführt werden u.a.m., können auch die Organisationen die Situation nicht mehr retten. Zwar wurden mehrmals konstruktive Vorschläge unterbreitet (z.B. auch Mitarbeit in der Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Sozialrates) - doch wenn die Politik nicht den entschiedenen Willen hat, das Dossier mit aller Konsequenz und dem notwendigen Sachverstand anzugehen, dann kann dieser Zustand mehrfach bedauert und Vorschläge unterbreitet werden - darüber hinaus sind die Mittel der Organisationen aber begrenzt.

Zugestanden werden muß aber, daß angesichts der unkohärenten Vorgehensweise eine gewisse Resignation und Müdigkeit aufgetreten ist. Wer hat schon Lust, den zwanzigsten Entwurf eines Gesetzestextes zu kommentieren, wenn die vorherigen Gutachten kaum Gehör gefunden haben?

Sorgen und Wünsche der Bürger ernst nehmen!

In politischen Kreisen scheint für das Scheitern der Oeko-Steuern noch ein weiteres Argument angeführt zu werden. Überlegt wird, ob die Bürger wirklich ein Mehr an Umweltpolitik wollen, oder dies lediglich in Meinungsumfragen behaupten. Wenn es konkret wird, und gegebenenfalls die Brieftasche betroffen ist, so eine Meinung, wäre der Umweltschutz für den Bürger nicht mehr so wichtig. Diese Sichtweise ist eine der gefährlichsten, denn sie würde umweltpolitische Neuerungen seitens der Regierung a priori verhindern, unter dem Vorwand, der Bürger zeige keine eigentliche Bereitschaft,

Daß die Skepsis der Bevölkerung in diesem Sinne interpretiert wird, zeigt auf, daß in Umweltfragen und in allgemeinen Fragen der Reform der Gesellschaft, noch ein weiter Weg zurückgelegt werden muß. Denn aus umweltpsychologischer Sicht drängt sich eine grundsätzlich andere Sichtweise auf.

Zielvorstellungen entwickeln!

Eine Umfrage in Luxemburg über die Einführung der geplanten Oeko-Steuern würde sicherlich recht amüsante Resultate erbringen. Fragen wie "Welche Reduktion des Abfalles strebt die Regierung mit der Steuer auf Getränkeverpackungen an?", "Wieviel Geld ist notwendig, um das Abwasser eines Haushaltes zu reinigen?", "Wieviele Schadstoffe könnten durch Energiesparmaßnahmen vermieden werden?"... würden wohl von den allerwenigsten sachkundig beantwortet werden. Woher auch sollten sie die notwendigen Informationen nehmen? Immerhin ist es der Regierung auf geradezu bemerkenswerte Weise gelungen, ihre umweltpolitischen Ziele der

Oeko-Steuern der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Oder kannte sie die Regierung etwa selbst nicht?

War etwa verpaßt worden festzulegen, welche umweltpolitischen Ziele verfolgt werden? Wurde eventuell eine Maßnahme geplant, ohne die erwünschten Ziele festzulegen und die Auswirkungen abzuschätzen?

Leider scheint dies der Fall gewesen zu sein und es ist offensichtlich, daß es der Regierung an Zielvorstellungen fehlt; und dies leider nicht nur im Bereich der Oeko-Steuern, sondern generell in der Umweltpolitik. Wer weiß schon, welche Luftqualität das Ministerium anpeilt? Oder aber, welche Instrumente zu einer Ökologisierung der Wirtschaft führen sollen? Oder welche Reduktion des Abfalls auch auf der Ebene der Industrien gewährleistet werden soll? Wie die CO₂-Emissionen reduziert und die entsprechenden internationalen Konventionen usw. respektiert werden sollen?

Wenn die Regierung Instrumente durchsetzen will, ohne die umweltpolitischen Ziele, die mit diesen Instrumenten erreicht werden sollen, zu definieren, muß sie sich nicht wundern, wenn sie auf Opposition und Skepsis stößt. Verschärft wurde das falsche Vorgehen der Regierung noch dadurch, daß sich die - anfänglich noch Oeko-Steuer genannte - Abgabe auf Abwässern im Laufe der Diskussionen offiziell zu einem reinen Finanzierungsinstrument entwickelte.

Hieraus leitet sich dann auch eine erste Schlußfolgerung ab: in Zukunft ist es eine absolute Notwendigkeit bei jedweden Maßnahmen, gegenüber Privathaushalten, Gemeinden und Industrien, die umweltpolitischen Ziele deutlich zu

definieren und offenzulegen.

Hinzu kommt, daß die wenigen angeführten Umweltargumente extrem vage formuliert waren. Mittlerweile haben aber unzählige Studien nachgewiesen, daß allgemeine Aussagen wie "damit Abfall reduziert wird" keinen Impact haben. Gefordert sind konkrete und verbindlichere Angaben: wieviele Schadstoffe werden vermieden, Rohstoffe eingespart u.a.m.

Auch hieraus ergibt sich eine Schlußfolgerung: die umweltpolitischen Ziele müssen sehr deutlich und konkret artikuliert werden!

Transparente Vorgehensweise!

Unersichtlich war auch, warum welche Maßnahme geplant wurde. Vielleicht wäre es der Regierung sogar gelungen, das Abwasser-Projekt zu retten, wenn sie angegeben hätte, wieviel Geld die Klärung eines m³ Abwasser objektiv kostet und wie groß der Bedarf nach weiteren Kläranlagen ist (wer weiß z.B., daß ein erschreckend hoher Teil unseres Landes nicht über zufriedenstellend funktionierende Kläranlagen verfügt?). Doch nicht einmal die Veröffentlichung dieser Basisinformation empfand die Regierung als notwendig. Immer neue Zahlen über die Höhe der Taxe wurden in den Raum gestellt, als ob die Höhe der Abgabe von der Laune des Umwelt- oder Finanzministers abhinge und jeglicher objektiven Berechnung entbehren würde. Hier entstand der Eindruck einer reinen staatlichen Willkür, der effektiv nur an einer neuen Finanzierungsquelle gelegen schien.

Relevant ist in Zukunft verständlich darzulegen, warum gerade jene Maßnahme zum Erreichen des Zieles getroffen werden soll.

Sorgen und Wünsche der Bürger ernst nehmen!

Gerechte Verteilung der Lasten

Zudem besteht bei gesellschaftlichen Reformen nur dann eine Akzeptanz, wenn die Verteilung der "Lasten" gerecht erfolgt (z.B. zwischen Industrie, Privatmann, Staat) und keine spezifische Gruppe bevorzugt wird.

Auch dies war bei den Oeko-Steuern nicht gegeben. Beim ersten Gesetzesentwurf für die Abwasserabgabe, in dem die Belastung der Privathaushalte ausführlich geregelt wurde, fehlten die detaillierteren Informationen über die Höhe der Abgaben für Industrien. Es entstand der Eindruck, als ob die Steuer vielleicht doch etwas mehr zu Lasten der Privathaushalte, als der Industrien gehen würde.

Eine weitere Frage, die kruzial ist, wurde überhaupt nicht besprochen. In bestimmten Gemeinden stammen über 15% der Abwässer von Industrien. Sie übernehmen aber nicht 15% der Kosten des Baus der Kläranlage. Ist es aber normal, daß der Einzelne erhöht Abgaben auf den Abwässern bezahlt, damit mit Steuergeldern der Bau von Kläranlagen für Industrien bezahlt wird... ? Wohl kaum.

Demnach ist es wichtig in Zukunft bei umweltpolitischen Maßnahmen offen zu legen, inwiefern eine gleichberechtigte Behandlung der unterschiedlichen Kreise erfolgt.

Graduelle Einführung von Steuern

Oeko-Steuern sollten soweit wie möglich vermieden werden können, d.h. es soll die Gelegenheit geboten werden, durch umweltschonendes Verhalten sowenig Steuern wie möglich zu zahlen. Schließlich ist dieses umweltschonende Verhalten das grund-

sätzliche Ziel der Steuern. Entsprechend sollen die Steuern graduell eingeführt (d.h. jährlich erhöht, bis sie den endgültigen Preis erreicht haben) bzw. lange im Voraus angekündigt werden, damit sich jeder darauf einstellen kann.

Diese Vorgehensweise könnte zur Folge haben, daß sowohl bei Industrien als auch bei Privathaushalten vorsorgende Maßnahmen getroffen werden (noch bevor die Steuer eingeführt wurde), damit die Steuerbelastung über ein umweltschonendes Verhalten gering ist oder sogar gegen Null tendiert.

Auch dies erfolgte beim Abwasserprojekt nicht. Es schien vielmehr, als ob ein hoher Wasserkonsum Vorteile hätte, da somit die Einnahmen des Staates für den Bau von Kläranlagen zunehmen würden. Dies ist jedoch umweltpolitisch widersinnig - und wird auch entsprechend von der Bevölkerung empfunden.

Die Schlußfolgerungen liegen also auch hier auf der Hand: breite Sensibilisierung (mit Anreizen) für ein umweltschonendes Verhalten durchführen, bestimmte Maßnahmen im Voraus ankündigen und lediglich graduell einführen...

Umweltpsychologischer Irrsinn: Vorteile vergessen...

Neben den fehlenden Zielsetzungen kennzeichnet sich die jetzige Umweltpolitik vor allem durch einen extrem gravierenden Fehler aus: es wird verpaßt - sei es in der Verkehrs-, der Wirtschafts- oder anderen Bereichen - die Vorteile einer Maßnahme transparent aufzuzeigen. Hiermit wird ein oberstes psychologisches Prinzip mißachtet: bei neuen Projekten, sowohl die Nachteile als auch die Notwendigkeit darlegen und anschaulich machen, welche positive Auswirkungen für den Einzelnen und die Gesellschaft zu erwarten sind. Denn letztendlich werden die Umweltmaßnahmen im Interesse der Menschen getroffen: weniger Abfall ist wichtig um Rohstoffe für weitere Generationen zu sichern, die Trinkwasserversorgung Luxemburgs ist auf den Wasserschutz angewiesen u.a.m. Der betroffene Bürger ist durchaus in der Lage Vor- und Nachteile abzuwägen, wenn sie auch adäquat dargestellt werden. Eine qualifizierte Information ist eine Voraussetzung dafür, daß die Akzeptanz auch für vermeintlich unpopuläre Maßnahmen besteht.

Zur Illustration sei folgendes Beispiel angeführt: Beim Häuserbau können sich die wenigsten aus finanziellen Gründen alle Wünsche erfüllen, es muß entschieden werden, welche Investition am wichtigsten ist. So manch einer entscheidet sich heute noch für den Bau eines Kellers: das Haus ist besser gegen Feuchtigkeit geschützt, der Keller bietet Lagermöglichkeiten usw. Der Bau ist aber besonders teuer und vielleicht fallen deshalb die Tapeten oder aber die Badezimmerdekoration etwas weniger opulent aus. Doch wen stört dies wirklich? Der Gewinn des Kellers überwiegt bei weitem den Verzicht auf die teuren Tapeten und die wenigsten werden wohl in Klagen ausbrechen ob ihrer Situation. Dieses Bild ist problemlos auf die Umweltsituation übertragbar. Wird vermittelt, daß die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen vielleicht wichtiger ist als ein punktueller Wunsch und werden die Notwendigkeit und die Vorteile deutlich dargelegt - und auch berechtigte Ängste der Bevölkerung aufgegriffen -, dann werden die wenigsten Bürger für kurzfristige Ziele optieren.

Sorgen und Wünsche der Bürger ernst nehmen!

Umweltbereich - Sonderfall der Regierungsaufgaben?

Nicht zuletzt problematisch war aber auch, daß mit der Abwasserabgabe zu einem gewissen Grad ein Novum eingeführt worden wäre. Es gibt kaum ein vergleichbares Fallbeispiel, wo der Staat eine bestimmte Aktivität davon abhängig macht, ob sie durch separate spezifische Einnahmen finanziert werden kann. Oder wird etwa eine Steuer für den Bau von Autobahnen eingezogen? Es wäre fatal, wenn gerade im Umweltbereich jede Maßnahme mit einer neuen Steuer verbunden wäre. Dies ist nicht das Ziel der Oeko-Steuern! (Die Berücksichtigung des Verursacherprinzips bleibt aber nach wie vor sinnvoll).

Die Resultate der Umfragen, bei denen der Umweltschutz als eine der größten Sorgen der Bürger benannt wird, sind deshalb durchaus ernst zu nehmen und eine reelle Aufforderung an die Politik Schritte in die Wege zu leiten.

Außerdem müssen es auch Politiker lernen mit der Ambivalenz der Bevölkerung - und ihrer eigenen - konstruktiver umzugehen. Es ist nun einmal so, daß wir wissen und auch wünschen, daßz.B. das Auto zurückgedrängt werden muß, wir aber verständlicherweise auch Ängste damit verbinden.

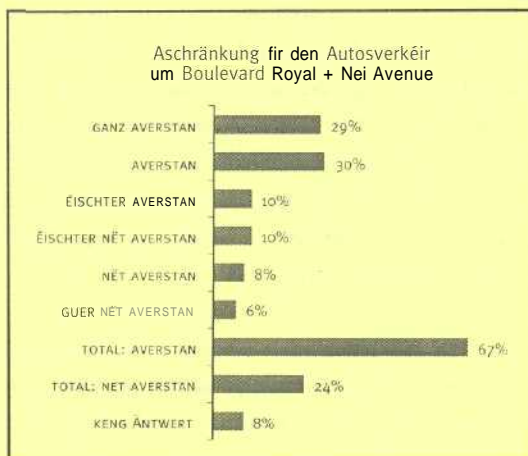
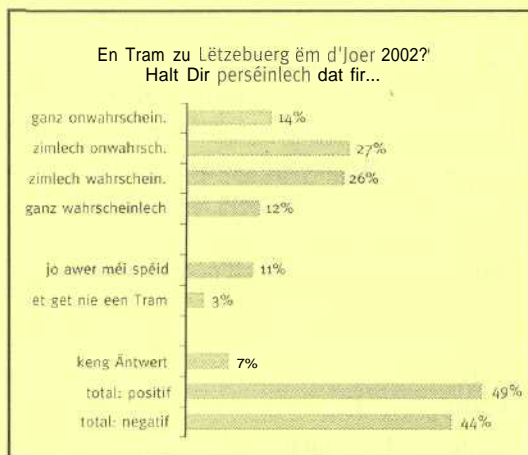
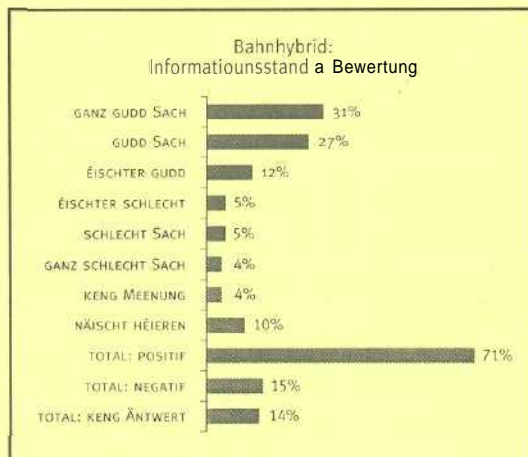
Diese Ambivalenz führt verständlicherweise zum Teil zu widersprüchlichen Aussagen, wobei die Grundtendenz jedoch in Befragungen ersichtlich wird und einen klaren Handlungsauftrag an die Politiker darstellt.

Folgende Resultate von ILRES-Umfragen sind durchaus interessant.
(Umfragen durchgeführt bei 500 Personen, April und Juni)

Interessantes über das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik, zeigt eine Umfrage zur Straßenbahn auf. Eine große Majorität der Bevölkerung sprach sich für deren Bau aus. Weitaus weniger glauben jedoch daran, daß sie auch wirklich gebaut wird. Auf die Frage ob sie es als wahrscheinlich, ziemlich wahrscheinlich... ansehen würden, daß die Straßenbahn gebaut wird, waren 44% eher skeptisch...

Besonders interessant war folgender Teil der Umfrage. In einer Luxemburger Autozeitung wurde behauptet, die Bevölkerung würde sich weitaus weniger für die Förderung des öffentlichen Transportes aussprechen, wenn endlich die "richtigen" und nicht die "falschen" Fragen gestellt würden. Angeregt wurde deshalb im präzisen eine andere Frage: "Sidd Dir dermatt averstanen, datt de Bahnhybrid téschent der Gare an der Stad, d.h. an der Neier Avenue an um Bd. Royal, 2 bis 3 Spuren brauch fir ze zirkuléieren. An anere Wieder heescht dat, datt den Autoverkéier dann ongeféier d'halschent vun der Strooss zur Verfügung steet. Sidd Dir domatt...."

Und man siehe und staune, die Bevölkerung ist sich konsequent, auch bei der "richtigen" Frage.



Die Politik ist gefragt

Trotz aller Fehler im Dossier müßte die Regierung sich überlegen, ob sie nicht prinzipiell an der Einführung von Oeko-Steuern festhalten sollte. . . .
Schlußendlich steht das Scheitern der Oeko-Steuern nämlich auch für ein Abdanken der Politik. In einem Land, wo scheinbar nur Konsense Durchset-

zungschancen haben, ist die politische Absicht schlichtweg nicht mehr erkennbar. Zukunftsfragen lassen sich aber nur dann lösen und gesellschaftspolitische Reformen lassen sich nur dann durchführen, wenn sich die Politik nicht nur als Mediator versteht, sondern eindeutig Stellung bezieht.

An sich bliebe der Regierung nur eine nachvollziehbare Reaktionsmöglichkeit auf das Scheitern der Oeko-Steuern: mit doppeltem Elan und besseren Konzepten in der nächsten Hälfte der letzten Legislaturperiode die Umweltpolitik angehen!

Kläranlagen bauen: jetzt sofort!

Bedenkt man, daß der Bau der Kläranlagen eine der ersten Umweltschutzmaßnahmen unter Josy Barthel war und sieht man den Zustand der heutigen Kläranlagen bzw. die Anzahl der fehlenden Kläranlagen, so wird das Ausmaß des Skandals ersichtlich. Es ist nicht zu rechtfertigen, daß eines der reichsten Länder der Welt es nicht fertig bringt, eine Klärung seiner Abwässer zu sichern.

Die Zukunft läßt aber nichts gutes erahnen. Es scheint so zu sein, als ob 1997 vor allem die bereits gebauten Kläranlagen finanziert werden sollen (hier sind Überschreitungen bis zu 50% des Budgets festzustellen). 1998 resp. 1999 scheinen dann vor allem zwei/drei größere Kläranlagen angegangen zu werden, wie z.B. Esch-Alzette und Echternach. Bis zum Jahre 2000 wird also übers Land recht wenig erfolgen...

Stellen sich so mache Fragen: im Bereich des Naturparks Obersauer um das Trinkwasserreservat Stausee werden Gemeinden an einer weiteren Entwicklung gehindert, da es an einer Kläranlage fehlt (Verbot des Baus eines Hotels in Insenborn, das aus touristischer Sicht notwendig wäre). Soll deren Bau auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden? Ist es legitim, daß gerade in diesem Gebiet keine ausreichende Klärung besteht? Im Ourdall ist ein weiterer Naturpark geplant, auch hier fehlt es an Kläranlagen... Die Anlage der Stadt Luxemburg ist überholt, die Kosten der Sanierung/Ausbau werden auf über 7 Milliarden geschätzt? Wann wird diese Maßnahme in Angriff genommen? Bei dem geplanten Rhythmus scheinen wir aber noch in 10 Jahren nicht über die erforderlichen Anlagen zu verfügen. Die Einführung des Verursacherprinzips im Bereich der Abwassersteuer wäre denn wohl doch noch immer sinnvoll und es sollte sich überlegt werden, ob nicht ein neuer Anlauf genommen wird.

Allerdings - sollten neben dem Vermeiden, der in diesem Informationsblatt genannten Fehler - folgende weitere Aspekte berücksichtigt werden:

- was kostet die Reinigung der Abwässer effektiv, grundsätzlich sollte das Verursacherprinzip angewendet werden;
- welche Beteiligung sollen Industrien beim Bau von Anlagen übernehmen. Wenn z.B. in Petingen scheinbar eine einzige Brauerei 10 Prozent der Schmutzfracht ausmacht, sollte sie dann nicht auch - zusätzlich zu den Unterhaltskosten;
- 10 Prozent der Baukosten übernehmen? In extremen Fällen, wo die Industrie in ihrer Wirtschaftlichkeit die Industrien bei der Finanzierung des gefährdet wäre, müßten gegebenenfalls Sondermaßnahmen getroffen werden. Deshalb aber auf eine generelle Lösung zu verzichten, wäre schier unverantwortlich;
- die SEBES hat bekannterweise ein Interesse am Mehrverkauf von Wasser, da so die Grundinfrastrukturen besser ausgelastet und finanziert werden. Sollte nicht ein Ausweg aus dem Dilemma gesucht werden, daß die SEBES - die sich für das Wassersparen stark machen müßte - von der Struktur her nicht länger an einem steigenden Verbrauch interessiert ist;
- ist es nicht endlich an der Zeit auch strengere Auflagen zum Wassersparen im Rahmen der Kommodo-Inkommodo-Genehmigungen festzulegen?

Auch sollten die Gemeinden eingebunden werden. Diese sind nämlich gegebenenfalls Partner: zumindest die Gemeinden, die noch immer auf ihre Kläranlage warten, wären sicherlich einer Diskussion aufgeschlossen gewesen und können das Problem praxisorientierter angehen können, als so mancher Staatsbeamte oder Politiker.